

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 5 (1977)

DOI: 10.11588/fr.1977.0.48708

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

HANS-ERICH VOLKMANN

ASPEKTE  
DER NATIONALSOZIALISTISCHEN »WEHRWIRTSCHAFT«  
1933 BIS 1936\*

Autarkie und Großraumwirtschaft

Der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik – diese These sei meinen Ausführungen vorangestellt – lag ein bereits vor 1933 formuliertes Programm zugrunde, das sich nach der *Machtübernahme* leitmotivartig durch alles ökonomische Handeln zog. Es lautete: Autarkie im Großwirtschaftsraum. Die NSDAP proklamierte demzufolge eine *nationale Handelspolitik statt Weltwirtschaftspolitik*, somit die *Ausbildung und Festigung der nationalen Binnenwirtschaft*.<sup>1</sup> Sie strebte also nach Autarkie, die aber nicht mit Selbstbescheidung zu verwechseln, nicht synonym mit *hermetische(r) Verriegelung der . . . Grenzen und restlose(r) Abschließung von fremden Märkten* war.<sup>2</sup> Vernünftige Autarkie verlangte allerdings einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik insofern, als sich der deutsche *Export* darauf zu beschränken hatte, die Devisen für den *Import* solcher Waren zu beschaffen, die *nicht oder nur in nicht ausreichendem Maße* in Deutschland vorhanden waren oder erzeugt werden konnten.<sup>3</sup> Durch eine solche Wirtschaftspolitik ließ sich aber kein ökonomischer Zustand herstellen, den man mit Fug und Recht als Autarkie hätte charakterisieren können. Der Terminus Autarkie erklärt sich daher nur im Kontext zum rassistisch-völkisch motivierten nationalsozialistischen *Lebensraumimperialismus*. In diesen Zusammenhang gestellt verstand die NSDAP unter Autarkie die *Errichtung einer nationalen Wirtschaft durch Lösung des Raumproblems*.<sup>4</sup> Autarkie ließ sich nur in einem Großwirtschaftsraum realisieren, und da Deutschland sämtlicher Kolonien beraubt war, sahen

\* Beitrag zu dem am 10.–12. März 1977 in Paris vom Comité International d'histoire de la 2<sup>e</sup> guerre mondiale veranstalteten Kolloquium »La France et l'Allemagne de 1932 à 1936«.

<sup>1</sup> Gregor STRASSER vor dem Reichstag, 10. 5. 1932. In: Neue Wirtschaft 6.1932. 15, S. 6.

<sup>2</sup> Emil MAURER, Grundlagen und Zukunft der deutschen Nationalwirtschaft. Leipzig 1932, S. 48.

<sup>3</sup> Vgl. Anm. 1, S. 7.

<sup>4</sup> MAURER, S. 4.

<sup>5</sup> Ebd., S. 35.

sich die Nationalsozialisten *vorläufig auf den Weg gedrängt, die für das eingeengte deutsche Volk notwendige Erweiterung seines Lebensraumes nach Mittel-, Ost- und Südosteuropa auszurichten.*<sup>5</sup> Autarkie im nationalsozialistischen Sinne bedeutete also nichts anderes, als *Schaffung eines sich in Produktion und Konsumtion selbst genügenden Wirtschaftsgebietes, das jedoch auf so große Räume und so reiche Hilfsquellen gestellt sein mußte, daß es allen wirtschaftlichen . . . Daseinsbedingungen seiner Mitglieder genügen konnte, und Autarkie hieß darüber hinaus Markteroberung, die nicht der eigenen Kraft, der Leistungsfähigkeit der heimischen Produktion, dem freien Wettbewerb vertraut(e), sondern in Erlangung bequemer Vorzugsstellungen und monopolistischer Ausschließung der Konkurrenz ihre Waffen erblickt(e).*<sup>6</sup> Die Ausrichtung der Außen- und Wirtschaftspolitik nach Osten provozierte nicht unbedingt, wie es ein Mitglied des Reichswirtschaftsrates der Partei artikulierte, *Krieg um jeden Preis.* Sie konnte auch auf *durchaus friedlichem, diplomatischem Wege* erfolgen. Erst wo dies nicht gelang, erschien *der Appell an das Schwert nicht nur (als) Notwendigkeit, sondern auch (als) Recht.*<sup>7</sup> Damit kalkulierte man bewußt ein, *daß die Völker den Weg zu größerer und gesicherter Lebensform erst unter dem Zwang kriegerischer Auseinandersetzungen zu beschreiten bereit waren. Auf die Wünsche jedes Einzelstaates unbedingt Rücksicht nehmen, hieß im nationalsozialistischen politischen Verständnis, eine Atomisierung der politischen Lebensräume befürworten und jede gesunde Weiterentwicklung zu größerer Lebensform unterbinden.*<sup>8</sup>

Der Nationalsozialismus hatte also dem Autarkie-Begriff eine diesem zunächst widersprechende spezifische Sentenz unterlegt, nämlich eine außenpolitische und außenwirtschaftliche. Autarkie wurde, um im NS-Sprachgebrauch zu bleiben, als *das Lebensrecht jedes Volkes und jeder Nation* verstanden, *seine Wirtschaft so zu gestalten, daß sie ihm eine Burg ist, in der es im Falle handelspolitischer, währungspolitischer oder gar kriegerischer Verwicklungen nicht ausgehungert oder ausgedurstet werden konnte.*<sup>9</sup>

Der nationalsozialistischen Autarkie-Politik, wie sie nach 1933 konsequent praktiziert wurde, lag ein bereits vor der *Machtübernahme* formulierter Mehrstufenplan zugrunde. Ihm zufolge war die nächstliegende Auf-

<sup>5</sup> Wilhelm GERLOFF, Autarkie als wirtschaftliches Problem. In: Autarkie? Berlin 1932, S. 13.

<sup>7</sup> Alfred PFAFF, Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich. München 1932, S. 10.

<sup>8</sup> Erich OBST, Die Großraum-Idee in der Vergangenheit und als tragender politischer Gedanke unserer Zeit. Breslau 1940/41, S. 20–21.

<sup>9</sup> So der Großraumexperte der NSDAP, Werner Daitz, Zit. n. Alfred RINGER, Handel und Außenhandel. Neubau des Außenhandels im nationalsozialistischen Deutschland. Berlin 1933, S. 20.

gabe der Wirtschaftspolitik eines nationalsozialistischen Deutschland, *den vorhandenen Raum auszunutzen, alle Möglichkeiten zu erschöpfen*, die sich boten, um ein Höchstmaß an Selbstversorgung mit dem Ziel zu erreichen, unabhängig von möglichen ausländischen Repressalien rüsten zu können. Denn es galt zweitens, im wechsellvollen Einsatz von Diplomatie und militärischer Aktion die *Erweiterung des . . . deutschen Reichsgebietes durch Wiedergewinnung geraubten Bodens (Ostdeutschland, Nordmark, Eupen-Malmedy, Elsaß usw.)* zu betreiben. Der nächste Schritt zielte dann in Richtung auf die *Schaffung Großdeutschlands durch Angliederung deutschbevölkerter und deutschführender Gebiete, die auch vor dem Weltkrieg nicht zum Deutschen Reich gehörten*, auf die aber nach nationalsozialistischer Auffassung ein deutscher *Anspruch nicht bestritten werden konnte*;<sup>10</sup> gemeint waren Österreich, die Sudetengebiete und Teile Polens. Erst wenn es das Wirtschafts- und Rüstungspotential eines durch territorialen Zuwachs sukzessive gestärkten Deutschen Reiches erlaubte, war in einer letzten militärischen Anstrengung der Lebensraum nach Osten hin in seiner endgültigen Dimension abzustecken. Denn sich auf die überkommenen Grenzen zu beschränken, erschien den Nationalsozialisten *aus wirtschaftlichen Gründen ebenso unmöglich wie aus politischen*.<sup>11</sup>

Bereits vier Tage nach der *Machtübernahme* wurde die Richtung des gesteuerten wirtschaftspolitischen Kurses deutlich, wenn Hitler vor den Befehlshabern von Heer und Marine seiner Überzeugung Ausdruck verlieh, die derzeitige wirtschaftliche Krise lasse sich nicht mit klassischen ökonomischen Mitteln überwinden, sondern einzig durch die Ausdehnung der territorialen Basis des Reiches. Die *Steigerung d(er) Ausfuhr (sei) zwecklos* angesichts der begrenzten Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes und allenthalben übersteigter Produktion. Es bedürfe daher der Siedlung, wofür allerdings der Lebensraum des deutschen Volkes nicht ausreiche, mithin zu erweitern sei. Der *Aufbau der Wehrmacht (bilde demzufolge die) wichtigste Voraussetzung für (die) Erreichung des Zieles: . . . nämlich Eroberung neuen Lebensraumes im Osten*.<sup>12</sup> Spätestens 1934 fügte Hitler seiner östlich orientierten Lebensraum-Idee eine westliche Komponente hinzu. Hatte er bislang ausschließlich von einer Ausdehnung des deutschen Herrschaftsbereiches *im Osten . . . bis zum Kaukasus oder bis zum Iran* gesprochen, so zog er 1934 auch *im Westen die französische Küste sowie Flandern und Holland* in sein politisches Kalkül mit ein.<sup>13</sup>

<sup>10</sup> Rudolf ALBERT, Nationalwirtschaft. Grundzüge der Gestaltung im Dritten Reich. Leipzig 1932, S. 18.

<sup>11</sup> Ebd., S. 19.

<sup>12</sup> Zit. n. Thilo VOGELSANG, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933: In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2. 1954, S. 435.

<sup>13</sup> Hans RAUSCHNING, Gespräche mit Hitler. Zürich, Wien, New York 1940, S. 116.

Im Blick auf dieses Ziel und getreu der Formel *Gemeinnutz geht vor Eigennutz* wurden bereits in der Kabinettsitzung vom 8. Februar 1933 die ökonomischen Weichen für die nächsten vier bis fünf Jahre gestellt: Hitler forderte in der Haushaltsdebatte *alles für die Wehrmacht*, und so wurde generell beschlossen, zunächst die Mittel für den Wehrmachtbedarf sicherzustellen und erst dann zu prüfen, was man im zivilen Bereich verausgaben könne.

### Der Begriff der Wehrwirtschaft

Um den Primat der Rüstung im gesamtwirtschaftlichen Prozeß durchzusetzen, proklamierte das NS-Regime ein in der deutschen Geschichte völlig neues Wirtschaftsprinzip, die sogenannte *Wehrwirtschaft*, unter der man *all das Wirken und Tun* verstand, *das im Gegensatz zu rein friedensmäßigem wirtschaftlichen Handeln auf den Krieg ausgerichtet* war.<sup>14</sup> Im Nationalsozialismus mußte *die Wirtschaftspolitik Werkzeug der Rüstungspolitik* werden.<sup>15</sup> Da der vom NS-Regime erwartete und schließlich bewußt provozierte militärische Konflikt ein totaler Krieg sein würde, *der das ganze Volksleben in all seinen Einzelheiten* berührte,<sup>16</sup> galt es dafür Sorge zu tragen, daß das gesamte volkswirtschaftliche Leben den Anforderungen eines solchen Krieges gerecht wurde, was aus nationalsozialistischer Sicht nur durch die Umwandlung der liberalen in eine dirigistische Wirtschaft möglich schien. Doch wurde eine von militärischer Seite geforderte, das gesamte ökonomische Geschehen umfassende Wehrwirtschaftsordnung nicht installiert. Fühlten sich die Nationalsozialisten doch gehalten, *die Eigengesetzlichkeiten alles Wirtschaftlichen zu beachten*, weil sie den ökonomischen Erfolg nicht durch Sozialisierungs- und Planungsexperimente zu gefährden gedachten.<sup>17</sup> Das NS-Regime begnügte sich daher mit der Erstellung eines rechtlich-institutionellen Rahmens der Wirtschaft, innerhalb dessen sich das interventionistische Instrumentarium gebrauchen ließ, und innerhalb dessen man *die gesamte Wirtschaftspolitik unter Berücksichtigung der wehrwirtschaftlichen Notwendigkeiten zu einheitlichem Wirken zusammenfaßt(e)*.<sup>18</sup>

Vgl. Hans-Erich VOLKMANN, Autarkie, Großraumwirtschaft und Aggression. Zur ökonomischen Motivation der Besetzung Luxemburgs, Belgiens und der Niederlande 1940. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1.1976, S. 51.

<sup>14</sup> Georg THOMAS, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918–1943/45). Boppard/Rh. 1966, S. 83.

<sup>15</sup> Alexander Graf BROCKDORFF, Weltwirtschaft und Weltrüstung. In: Wehrtechnische Monatshefte 39.1935, S. 492.

<sup>16</sup> Guido FISCHER, Wehrwirtschaft. Leipzig 1936, S. 15.

<sup>17</sup> Otto GOEBEL, Wege der Durchführung einer Wehrwirtschaft. In: Jahrbuch für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften 1937/1938, S. 157.

<sup>18</sup> Otto KORFES, Grundsätze der Wehrwirtschaftslehre. Hamburg 1936, S. 53.

## Gleichschaltung des Verbandswesens

Beabsichtigt man, *die Bedingungen des Wirtschaftsprozesses so zu gestalten, daß sich die Wirtschaftssubjekte in Befolgung eigenbestimmter Interessen den gesamtwirtschaftlichen Zielen optimal anpaß(t)en*,<sup>19</sup> mußte es zu den vordringlichsten Aufgaben der nationalsozialistischen Regierung zählen, die aus der Weimarer Zeit überkommenen wirtschaftlichen Verbände und Vereinigungen organisatorisch umzugestalten und/oder ihnen veränderte Aufgaben zuzuweisen bzw. sie personell umzustrukturieren. Es galt, sie ihres politischen Einflusses zu berauben, um auszuschließen, daß die Wirtschaftsorganisationen der nationalsozialistischen Politik Widerstand entgegensetzten. Vielmehr sollten sie dieser *Vorschub* leisten.<sup>20</sup>

Folgerichtig wurden die bisherigen Interessenverbände in Transmissionsstellen zur Übertragung des rüstungsökonomisch bestimmten staatlichen Willens auf den gesamtwirtschaftlichen Prozeß umgewandelt. Denn *die staatliche Führung der Wirtschaft, die keine Planwirtschaft, wohl aber eine planvolle Wirtschaftslenkung in Richtung der staatspolitischen Ziele anstelle einer freien Wirtschaft bedeutet(e), forderte eine Beseitigung des vielgestaltigen, ja teilweise chaotischen Verbandswesens und die Ersetzung durch einen sinnvoll gegliederten Aufbau*.<sup>21</sup> Bildete doch die *Wehrwirtschaft* ein ökonomisches System, dessen *Inhalt . . . nicht von den Wirtschaftenden bestimmt wurde, sondern aus der Richtung außerwirtschaftlicher Begebenheiten, in der Hauptsache von der politischen und militärischen Führung*.<sup>22</sup>

Im Mittelpunkt der NS-Verbandspolitik stand zunächst das Bestreben nach Konzentration, also nach Zusammenfassung parallel oder konkurrierend wirkender Organisationen, denn es war *den Behörden . . . angenehmer, mit wenigen Großen als mit vielen Kleinen zu verkehren*.<sup>23</sup> Dieser von Partei und Staatsführung geäußerte Lenkungsanspruch provozierte bei den bestehenden Gruppen und Verbänden nur geringen Widerstand,<sup>24</sup> denn große Teile der Agrarier und Industriellen identifizierten sich mit den wirtschaftspolitischen Zielen des Nationalsozialismus.

In einem ersten Schritt erfolgte die Ausrichtung der **L a n d w i r t -**

<sup>19</sup> Armin HEGELHEIMER, *Wirtschaftslenkung und Preisintervention*. Berlin 1969, S. 45.

<sup>20</sup> Bernhard KÖHLER, *Des Führers Wirtschaftspolitik*. München 1935<sup>3</sup>, S. 14.

<sup>21</sup> Friedrich VÖLTZER, *Vom Werden des deutschen Sozialismus*. In: *Zeitschrift für die gesamte Staatswirtschaft* 96.1930, S. 15.

<sup>22</sup> Otto GOEBEL, *Wege der Durchführung einer Wehrwirtschaft*. In: *Jahrbuch für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften* 1937/1938, S. 156.

<sup>23</sup> Hans-Otto LENEL, *Ursachen der Konzentration*. Tübingen 1968<sup>2</sup>, S. 348.

<sup>24</sup> Ingeborg ESENWEIN-ROTHE, *Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945*. Berlin 1965, S. 5.

schaft auf die rüstungsökonomischen Bedürfnisse des NS-Regimes. Binnen vier Jahren sollte der Bauer aus seiner Verelendung herausgerissen, d. h. es sollten die Grundlagen für eine unter den Aspekten blockadesicherer Rüstung und militärischer Konflikte angestrebte agrarische Selbstversorgung gelegt werden. Mitte September 1933 wurden alle Erzeuger, Verarbeiter und Vertreiber landwirtschaftlicher, forst- und fischereiwirtschaftlicher Produkte im Reichsnährstand zwangsweise zusammengeschlossen. Anfang 1934 gliederte man die landwirtschaftlichen Genossenschaften dem Reichsnährstand ein. Zwischen 1934 und 1935 schuf man sogenannte *Marktverbände*, die nicht nur die Preise für landwirtschaftliche Produkte festlegten, sondern auch Transport und Absatz regelten und letztlich Ablieferungskontingente festsetzten.

Auch der gewerbliche Mittelstand wurde straff organisiert, wie sich am Beispiel des Handwerks demonstrieren läßt. Um die Rüstungsaufträge gezielt vergeben und ihre Ausführung überwachen zu können, schaltete man zwischen den Reichshandwerksmeister als Repräsentanten des Reichsstandes des deutschen Handwerks und die Betriebe eine Reichszentrale für handwerkliche Lieferungen, die über fachliche Landesliefergenossenschaften die Auftragsvergabe vornahm. Um dieses dirigistische System effektiver zu gestalten, gleichzeitig aber auch Facharbeiter für die Industrie zu erhalten, zielte die Handwerkspolitik auf eine radikale Verminderung insbesondere der kleineren Betriebe ab. *Das Netz der Liefergenossenschaften, das der Reichsstand des deutschen Handwerks über das ganze Reich gezogen hat(te), bildet(e) einen dezentralisierten, schwer verwundbaren Teil der Wehrwirtschaft.*<sup>25</sup> Tatsächlich war *die Arbeit für die Wehrmacht . . . ein bevorzugtes Arbeitsgebiet der Handwerksorganisation.*<sup>26</sup> Die Hälfte der Befestigungen an der Westgrenze erstellte das Handwerk, und Bekleidung, Ausrüstung und Feldwagen der bewaffneten Macht stammten zum großen Teil aus Handwerksbetrieben. Nicht zu vergessen sind die großen Bauaufträge, die dem Handwerk auf dem Sektor des Kasernen- und Wohnungsbauwesens für Wehrmachtbedienstete zufielen.

Mit Gesetz vom 27. Februar 1934 zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft ebnete das Reichswirtschaftsministerium den Weg zur unmittelbaren Willensübertragung des Staates und der Partei auf die *industriellen Verbände*. Die Regierung war nun ermächtigt, Wirtschaftsverbände als alleinige Vertretung ihres Wirtschaftszweiges anzuerkennen, Wirtschaftsverbände zu errichten, aufzulösen oder miteinander zu verbinden, Satzungen von Wirtschaftsverbänden zu än-

<sup>25</sup> Handwerk, Helfer der Wehrmacht. O. O. Anfang 1939, S. 1.

<sup>26</sup> Ebd., S. 11.

dern und das Führerprinzip durchzuführen. Auf der Grundlage der besagten Regelung konnte das Reichswirtschaftsministerium die Führer der einzelnen Wirtschaftsverbände bestellen und die Unternehmen den entsprechenden Wirtschaftsverbänden unterordnen. Auf der Grundlage des im März 1934 erlassenen Gesetzes zur *Ordnung der gewerblichen Wirtschaft* wurde das Verbandswesen fachlich und regional straff gegliedert, doch erfolgte die Durchführung beider Ukase zunächst schleppend und wenig konsequent, was auf scharfe Kritik der Wehrmacht stieß. Sie intervenierte bei Hitler wegen der immer noch ausstehenden Zwangsorganisation der Wirtschaft energisch und forderte die Ernennung eines Wirtschaftsdiktators, der, mit umfassenden Befugnissen ausgestattet, *eine systematische Politik der wirtschaftlichen Wiederaufrüstung durchzuführen in der Lage sei*.<sup>27</sup> Diese Vorstellungen führten zur Ernennung Schachts als Reichswirtschaftsminister, der im November 1934 auf dem Verordnungswege die Grundlage für die Zwangsorganisation der gewerblichen Wirtschaft schuf. Er entsprach damit zumindest einer Teilforderung der Wehrmacht, die in der gewerblichen Zwangsorganisation eine notwendige *wirtschaftliche Maßnahme für die Kriegsvorbereitung* erblickte.<sup>28</sup> Gleichzeitig wurde die Reichswirtschaftskammer als Mittlerstelle zwischen Staat und Unternehmertum installiert.

### Disziplinierung der Arbeiterschaft

Daß die *Wehrwirtschaft* keinen Herd für sozial- und lohnpolitischen Unfrieden bilden durfte, versteht sich von selbst. Folglich ging mit der *Gleichschaltung* der einzelnen Wirtschaftszweige die Disziplinierung der Arbeiterschaft einher, die sich in der Auflösung der Gewerkschaften und in der Übertragung ihrer *tarifrechtlichen* Funktionen an die vom Staat zu ernennenden *Treuhänder der Arbeit* und in der Übernahme ihrer *sozialen* Aufgabe durch die *Deutsche Arbeitsfront* manifestierte. Die DAF diente der Kontrolle der Arbeitsfähigkeit und der Steigerung des Arbeitswillens der deutschen Bevölkerung und verfolgte letztlich die Aufgabe, *neben der materiellen Aufrüstung auch die Menschen selbst zur bestmöglichen Kampf- und Leistungsbereitschaft zu erziehen, die die oberste Führung bei der Verwirklichung ihrer politischen Pläne und im Hinblick auf die Vorbereitung eines Krieges als unerläßlich betrachtete*.<sup>29</sup>

<sup>27</sup> Zit. n. Arthur SCHWEITZER, Organisierte Kapitalismus und Parteidiktatur 1929 bis 1936. In: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 79, 1959, S. 42.

<sup>28</sup> Blomberg an Reichswirtschaftsminister, 20. 10. 1933. Ebd., S. 45.

<sup>29</sup> Hans Joachim REICHHARDT, Die Deutsche Arbeitsfront. Diss. masch. FU Berlin 1956.



Wie die Nationalsozialisten selbst bekannten, war eine *kriegssozialistische Politik . . . schon während des Friedens* notwendig, denn *die innere Geschlossenheit der Volksordnung im Frieden sollte den Anforderungen des Krieges unmittelbar gewachsen sein.*<sup>30</sup>

### Die Wehrwirtschaftsorganisation

Zu den unabdingbaren Prämissen einer funktionierenden *Wehrwirtschaft* gehörte eine Organisation, die für eine an den strategischen Zielen ausgerichtete koordinierte Bedarfsfeststellung der Teilstreitkräfte verantwortlich zeichnete, und die darüber hinaus die steigenden Anforderungen der Wehrmacht mit den Produktionsmöglichkeiten in Einklang brachte. Nachdem alle drei Waffengattungen zunächst eigene Wege zur materiellen Ausstattung beschritten, konnte im Herbst 1934 mit der Dienststelle *Wehrwirtschafts- und Waffenwesen*, später Amtsgruppe *Wehrwirtschaftsstab*, im Reichskriegsministerium eine zentrale *wehrwirtschaftliche* Führung installiert werden. Doch die im Teilstreitkraft-Denken befangenen Oberbefehlshaber wußten es zu verhindern, daß die neue Institution irgendwelche Befehlsgewalt erhielt, so daß sie außerstande blieb, *die Wehrmachtrüstung so zusammenzufassen, wie es den Erfordernissen entsprochen hätte.*<sup>31</sup> Gelang der Wehrwirtschaftsorganisation nur selten die Koordination der Rüstungsplanungen und -maßnahmen der Wehrmachtteile, so war ihre Einflußnahme auf das rüstungswirtschaftliche Geschehen insgesamt begrenzt, nachdem neben ihr ein Reichsverteidigungsausschuß *die eigentliche Mobilmachung von Staat und Volk in Übereinstimmung mit der militärischen Mobilmachung* vorbereiten sollte.<sup>32</sup> Schließlich wurde 1935 noch der Generalbevollmächtigte für die Kriegswirtschaft eingesetzt, dem die Leitung der *wirtschaftlichen Vorbereitung für den Kriegsfall*<sup>33</sup> oblag, wobei die mit Wehrmachtaufträgen betrauten Industrien der militärischen Wehrwirtschaftsorganisation unterstanden, während die gesamte sonstige Aufrüstungs- und Kriegsproduktion in den Kompetenzbereich des Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft fiel, der im übrigen identisch war mit der Person des Reichswirtschaftsministers. Dieses Kompetenzwirrwarr führte zu erheblichen Reibungsverlusten in der Rüstungswirtschaft.

<sup>30</sup> Die Stellung der Sozialpolitik in der Europäischen Neuordnung. Hrsg. v. Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF. Berlin 1944, S. 40.

<sup>31</sup> THOMAS, S. 64.

<sup>32</sup> Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher = IMT Bd. 25, S. 381.

<sup>33</sup> IMT Bd. 30, S. 63.

## Arbeitsbeschaffung und indirekte Aufrüstung

Die innere Stabilisierung des NS-Regimes bildete die Voraussetzung für eine exakte Steuerung eines rüstungswirtschaftlichen Kurses. In dem Wissen, daß *Aufrüstungszeiten . . . stets Perioden allgemeinen Wirtschaftsaufschwunges* sind,<sup>34</sup> verknüpften die Nationalsozialisten geschickt ein umfangreiches Programm der Arbeitsbeschaffung mit dem einer forcierten Aufrüstung. Sicher kam eine Reihe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die sich ja zuerst und zunächst schwerpunktmäßig auf den Bausektor bezogen, zum Beispiel dem privaten Wohnungsbau und der Landwirtschaft zustatten,<sup>35</sup> und sie dienten auch der Verbesserung und Ausbesserung kommunaler und industrieller Einrichtungen und verkehrstechnischer Anlagen. Mit Hilfe der beiden sogenannten Reinhardt-Programme (1. 6. 1933)<sup>36</sup> (und 21. 9. 1933),<sup>37</sup> benannt nach dem Staatssekretär im Finanzministerium, gelang es immerhin innerhalb eines guten Jahres, über 50 Prozent der rund 6 Mio. Arbeitslosen des Januar 1933<sup>38</sup> zu einer Beschäftigung zu verhelfen. Überwiegend handelte es sich aber bei der Arbeitsbeschaffung um mittelbare Aufrüstungspräparationen. Dies machte Hitler bereits am 8. Februar 1933 deutlich, wenn er von seinem Ministerkollegium forderte, *jede öffentlich geförderte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme müsse unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, ob sie notwendig sei vom Gesichtspunkt der Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes. Dieser Gedanke müsse immer und überall im Vordergrund stehen.*<sup>39</sup> Die Kabinettsrunde stellte demzufolge fest, *im Ernstfall müsse das gesamte deutsche Verkehrsnetz in Ordnung sein, insbesondere liege der Ausbau der deutschen Wasserstraßen im wehrpolitischen Interesse,*<sup>40</sup> während der Reichswehrminister *vor allen Dingen an die materielle Untermauerung der Rüstung herangehen müsse.*<sup>41</sup> Tatsächlich spielte *bei der Arbeitsbeschaffung . . . die Aufrüstung eine nicht unbeträchtliche Rolle.*<sup>42</sup> Dabei handelte es sich zunächst um sogenannte mittelbare Rüstungsaufträge, nämlich um Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur der Wehr-

<sup>34</sup> Adolf LAMPE, Allgemeine Wehrwirtschaftslehre. Jena 1938, S. 3.

<sup>35</sup> Verordnung vom 22. 9. 1933. Reichsgesetzblatt = RGBl. 1933. I, S. 79.

<sup>36</sup> RGBl. 1933, I, S. 323–324.

<sup>37</sup> RGBl. 1933. II, S. 509–510.

<sup>38</sup> Januar = 6 013 618, 31. März 1934 = 2 798 324 Arbeitslose. Vgl. Karl LÄRMER, Autobahnbaubau in Deutschland 1933 bis 1945. Zu den Hintergründen. Berlin-O. 1975. S. 163; Alfred-Ingemar BERNDT, Gebt mir vier Jahre Zeit. Dokumente zum 1. Vierjahresplan des Führers. München 1937<sup>2</sup>, S. 86.

<sup>39</sup> Protokoll der Sitzung. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik = ADAP C I, 1, S. 35.

<sup>40</sup> Ebd.

<sup>41</sup> Ebd., S. 36.

<sup>42</sup> Hjalmar SCHACHT, 76 Jahre meines Lebens. Bad Wörishofen 1953, S. 455.

macht. Sehr rasch wurde von militärischer Seite *ohne Rücksicht auf die Höhe der Kosten und der Art der Finanzierung alles zusammengestellt*, was geeignet erschien, *Arbeit zu schaffen*.<sup>43</sup> Auf vier Jahre verteilt, meldete die Wehrmacht einen finanziellen Bedarf von rund 425,5 Mio. RM an. Die Summe wurde in erster Linie für den Straßenbau auf heereseligem Gelände, für Befestigungsanlagen, zur Bekleidungs- und Verpflegungsvorsorge, insbesondere aber für den Bahn- und Brückenbau, nicht zuletzt zur Errichtung von Bedienstetenwohnungen der Wehrmacht, von Kasernen und Benzinproduktionsanlagen verwandt. Die Marine konzentrierte sich bei der Arbeitsbeschaffung auf die Erweiterung und den Neubau von Werften und Häfen (z. B. Helgoland), Dockanlagen, Schleusen sowie von Rüstungsbetrieben der Marine (z. B. Krupp) und in gewissem Umfang den Aufbau von Schattenbetrieben (Firmen, die erst im Bedarfsfalle Rüstungsgüter produzieren), Unterbringungsmöglichkeiten für Werftarbeiter, die Versorgung der Werften und Marinestützpunkte mit Schlepfern und Betriebsfahrzeugen, die Errichtung von Ausbildungsstätten, Lazaretten und Zeugämtern.<sup>44</sup> Das Reichsluftfahrtministerium beschränkte seine Forderungen zunächst überwiegend auf die Erstellung von Luftschutzeinrichtungen, und in Tag- und Nachtschichten wurde Görings Reichsluftfahrtministerium mit hohem Kostenaufwand erstellt.

Die rüstungswirtschaftliche Funktion wird besonders signifikant bei der am tiefsten in das allgemeine Bewußtsein eingedrungenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, nämlich beim Reichsautobahnbau, bei dessen Beurteilung die Akzente nur richtig gesetzt werden, wenn man Hitlers Auffassung berücksichtigt, daß *eine Mobilmachung . . . auf unseren bisherigen Straßen nicht durch(zu)führen sei*.<sup>45</sup> Zunächst mit großem propagandistischem Aufwand als soziale und konjunkturelle Maßnahme angekündigt, sollte bereits 1936 der Öffentlichkeit nahegebracht werden, daß sich die Errichtung der Autobahnen innerhalb eines Straßenbauprogramms vollzog, welches *gleichzeitig mit den Rüstungsaufgaben durchgeführt* wurde.<sup>46</sup>

Der Bau der Straßen des Führers bildete die Plattform für eine wachsende Motorisierung in Deutschland, die nicht nur neues *wirtschaftliches Leben schaffen* sollte und nicht *allein (die) Vervollkommnung unserer Verkehrsverhältnisse* bezweckte. Man betrachtete ihn vielmehr als Ausgangsposition, von der aus *einmal eine etwa notwendige Heeresmotorisierung zu ermöglichen sein mußte*.<sup>47</sup> Denn, so argumentierte die Wehr-

<sup>43</sup> Besprechung beim Wehramt, 19. 5. 1933. BA-MA R H 8/v. 1004.

<sup>44</sup> Jürgen STELZNER, Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung 1933–1936. Diss. Tübingen 1976, S. 241.

<sup>45</sup> Zit. n. STELZNER, S. 238.

<sup>46</sup> Schriftstück des Amts Todt, 6. 10. 1936. Zit. n. LÄRMER, S. 57.

<sup>47</sup> Die Industrie. In: Motor und Sport 1933.32, S. 27.

macht, je größer die Zahl der im zivilen Kraftverkehr eingesetzten Fahrzeuge ist, umso rascher und umfassender können motorisierte Truppenteile bei Kriegsausbruch bereitgestellt werden. Eine zielklare einheitliche Organisation und eine Steigerung des Tempos in der Motorisierung der Wirtschaft und des zivilen Kraftverkehrs lagen deshalb schon lange vor dem Kriege in der Linie unserer Rüstungsplanungen.<sup>48</sup>

#### Kraftfahrzeugproduktion<sup>49</sup>

Jahr	PKW	Kraftomnibusse und LKW	Lieferwagen	Schlepper
1928	108 029		41 104	
1932	43 430	8 234		1 593
1933	92 160	13 261		3 168
1934	147 330	27 325		4 968
1935	205 092	41 528		8 494
1936	244 289	57 312		12 864
1937	269 055	62 404		18 025
1938	274 849	63 470		27 915

#### Arbeitsbeschaffung und direkte Rüstung

Die Voraussetzungen für eine Vergabe umfänglicher unmittelbarer Rüstungsaufträge schon für die Jahre 1933/34 erwiesen sich insofern als günstig, als die Industrie über ungenutzte Produktionskapazitäten verfügte, ein Umstand, der den Rüstungs- vor den Arbeitsbeschaffungsaufträgen bald den Vorrang verschaffte.<sup>50</sup> Konnte auch noch keine Rede davon sein, daß die Industrie sogleich mit Rüstungsaufträgen produktionsmäßig voll ausgelastet gewesen wäre, so begann die Wirtschaft doch, sich auf den Rüstungsboom vorzubereiten. Immerhin betrug die Investitionssteigerung der Produktionsgüterindustrie 1933 gegenüber 1932 = 100%, um sich 1934 im Vergleich zum Vorjahr nochmals knapp zu verdoppeln. Die Höhe der Investitionstätigkeit zeigt sich vor allem in folgenden vier Bereichen:

Inlandsbestellungen von Maschinen (Werte) plus 77 Prozent  
reiner Inlandsverbrauch von Eisen plus 71 Prozent

<sup>48</sup> Adolf von SCHELL, Krieg und Motorisierung. In: Die Straße 1940. 23/24, S. 506.

<sup>49</sup> Tabelle nach Heinz WEHNER, Die Rolle des faschistischen Verkehrswesens in der ersten Periode des zweiten Weltkrieges I. T.: Die faschistische Verkehrspolitik in der Zeit der Aufrüstung und die Situation im Verkehrswesen am Vorabend des zweiten Weltkrieges. In: Bulletin des Arbeitskreises Zweiter Weltkrieg 1966, Nr. 2, S. 37–61, hier S. 41.

<sup>50</sup> SCHACHT, 76 Jahre, S. 455.

bauwirtschaftliche Produktion plus 67 Prozent  
Zulassung von Lastkraftwagen plus 81 Prozent.<sup>51</sup>

Die Wehrmacht erfaßte zunächst einmal alle für Rüstungsaufträge in Betracht kommende Unternehmen und belegte Mitte 1934 = 2800 Firmen mit rund 750 000 Arbeitern als Rüstungsbetriebe, die insgesamt mindestens 15% der deutschen Industrieproduktion leisteten.

Das Heer hatte seinen Rüstungsbedarf bereits im sogenannten 1. und 2. Rüstungsprogramm vor 1933 festgelegt,<sup>52</sup> und so verfügte es schon über einen gewissen rüstungswirtschaftlichen Vorlauf. Im Zuge des Ausbaues des Verkehrswesens hatte beispielsweise die Luftfahrtindustrie 1933 ihre Produktion gegenüber dem Vorjahr mehr als verzehnfachen können. Zwar handelte es sich hier aufgrund der noch bestehenden Versailler Restriktionen um die Herstellung von Zivilflugzeugen, die sich jedoch zu- meist für eine Umrüstung zu militärischen Zwecken eigneten.

#### Deutschlands Flugzeugproduktion<sup>53</sup>

Jahr	Insgesamt	davon Kriegsflugzeuge
1932	36	—
1933	368	—
1934	1 968	840
1935	3 183	1 823
1936	5 112	2 530
1937	5 606	2 651
1938	5 235	3 350
1939	8 295	4 733

Bereits in der ersten Jahreshälfte 1933 vergab das Reichsluftfahrtministerium größere Beschaffungsaufträge an die Luftfahrtindustrie, deren Erfüllung allerdings im selben Jahr nicht mehr erfolgte. Immerhin ist bemerkenswert, daß sich die Belegschaft der Luftfahrtindustrie von 3500 bis 4000 im Jahre 1933 auf 72 000 im Jahre 1935 vermehrte. Auch die Panzerproduktion lief im Juli 1933 an, als Krupp ein umfängliches *landwirtschaftliches Schlepperprogramm* in Serie nahm, wobei es sich in Wahrheit um die erste Fertigung einer Großpanzerreihe handelte.<sup>54</sup> Frühzeitig begann man auch mit der Anlage einer sogenannten *Schattenindustrie*, also von Produktionseinrichtungen, die erst im Mobilmachungs- oder Kriegsfall in Betrieb genommen werden sollten, doch fand dies nicht die

<sup>51</sup> STELZNER, S. 121.

<sup>52</sup> Michael GEYER, Das Zweite Rüstungsprogramm (1930–1934). In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1.1975, S. 125–172.

<sup>53</sup> Tabelle nach WEHNER, S. 46/47.

<sup>54</sup> STELZNER, S. 184, Anm. 2.

ungeteilte Zustimmung der Wehrmacht, die an ihrer statt eine vermehrte Herstellung von Waffen und Gerät forderte.

Die Stahl- und Eisenwerke erhöhten bereits 1933 ihre Belegschaft, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Punktuell sei auf folgendes hingewiesen: 500 Arbeiter wurden in den ersten vier Monaten 1933 bei Rheinmetall eingestellt, ein Unternehmen, das Geschütze, Maschinengewehre und Feldhaubitzen herstellte; die Belegschaft der Gewehrfabrik Mauser vermehrte sich Anfang 1933 von 800 auf 1300 Mann. Die Berlin-Karlsruher Industriewerke erhöhten ihr Personal im ersten Halbjahr 1933 um 35 Prozent und der Bochumer Verein stellte im gleichen Zeitabschnitt rund 400 Arbeiter neu ein, während die Pulverfabrik Rheinsdorf die Belegschaft von 2000 auf 5200 Mann aufstockte.<sup>55</sup> Bis Mitte November 1933 hatte die Marine u. a. bei acht Firmen Kriegsgerät in Höhe von 30,6 Mio RM bestellt.<sup>56</sup>

Die Wehrmacht bezog auch durch die Verletzung der Versailler Restriktionen provozierbare militärische Konflikte in ihre Rüstungsplanungen mit ein und legte einen wirtschaftlichen Kern *Innerdeutschland* fest, der als relativ unverletzlich galt. In diesem Bereich betrieb sie zwischen Sommer 1934 und Frühjahr 1935 die Erweiterung von rund 95 Firmen. Darüber hinaus veranlaßte sie die Neugründung von rund 60 zumeist mittleren Betrieben, womit natürlich die Schaffung entsprechender Arbeitsplätze verbunden war.<sup>57</sup>

Immerhin muß gesagt werden, daß sich ohne diese vorab zumeist mittelbaren, später auch unmittelbaren Rüstungsaufträge der Rückgang der Arbeitslosigkeit im ersten Jahr der NS-Herrschaft um rund 50 Prozent nicht erklären ließe. Die Regierung stellte denn auch Ende 1934 angesichts der anlaufenden Rüstungskonjunktur die eigentliche Förderung der Arbeitsbeschaffung ein, noch ehe ihre konjunkturelle *Initialzündung sich ganz auswirken konnte*.<sup>58</sup> Sicher ist die Investitionstätigkeit 1933 weder ausschließlich noch überwiegend auf direkte Rüstungsaufträge zurückzuführen, wohl aber auf den Willen der Industrie, rechtzeitig auf solche präpariert zu sein. Der Staat konnte daher die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß weitgehend der durch die mittel-

<sup>55</sup> Diese Zahlenangaben stammen aus französischer Quelle. Vgl. J. BENOIST-MÉCHIN, *Geschichte der deutschen Militärmacht 1918/1946. Auf dem Wege zur Macht 1925/1937*. Oldenburg, Hamburg 1965, S. 162.

<sup>56</sup> Chef der Kriegsmarine, 15. 2. 1933, an Chef der Heeresleitung. BA-MA RM 8/v. 941.

<sup>57</sup> Wehrmachtamt, 10. 4. 1935, an Heeresleitung, Marineleitung, Reichsluftfahrtministerium. BA-MA RH 8/v. 941.

<sup>58</sup> Rolf HONIGBERGER, *Die wirtschaftspolitische Zielsetzung des Nationalsozialismus und deren Einfluß auf die deutsche Wirtschaftsordnung. Dargestellt und kritisch untersucht am Beispiel des deutschen Arbeitsmarktes von 1933 bis 1939*. Diss. masch. Freiburg 1949, S. 19.

baren und unmittelbaren Rüstungsaufträge ausgelösten konjunkturellen Eigendynamik überlassen. Die durch die ergriffenen Maßnahmen auf dem Binnenmarkt hervorgerufene Belebung der Konjunktur hielt 1934 insgesamt gesehen an, *wobei die Wehrmächtsaufträge eine bedeutende Rolle spiel(t)en.*<sup>59</sup>

Jahresdurchschnitt <sup>60</sup>	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Arbeitslose in Millionen	4,804	2,718	2,151	1,592	0,912	0,429

### Außenhandel unter dem *Neuen Plan*

Über die bereits genannten Lenkungsmaßnahmen hinaus setzten im Frühjahr 1934 verfügte Bewirtschaftungsvorschriften einen *entschieden wehrwirtschaftlichen Akzent* auf die nationalsozialistische *Volkswirtschaftspolitik.*<sup>61</sup> Fortan übernahm es der Staat, *den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten, insbesondere deren Beschaffung, Verteilung, Lagerung, Absatz und Verbrauch zu überwachen und zu regeln,* und zwar nach wehrwirtschaftlichen Kriterien auf Kosten des Konsums der Bevölkerung. Denn, so erläuterte der Reichswirtschaftsminister, *je weniger konsumiert werde, um so mehr Arbeit könne auf die Rüstung verwendet werden,* standen doch *Lebenshaltung und Rüstungsausmaß . . . in einem gegenläufigen Verhältnis zueinander.*<sup>62</sup> Nachdem die Wehrmacht der Regierung vorgeworfen hatte, *die absolut notwendigen Maßnahmen für (die) wirtschaftliche Mobilmachung noch nicht getroffen zu haben,*<sup>63</sup> erfolgte im Herbst desselben Jahres in Ergänzung zur Rohstoffbewirtschaftung die totale Devisenkontrolle, was gleichbedeutend war mit der Lenkung des Außenhandels. Sie wurde im sogenannten *Neuen Plan* praktiziert, der auf dem Grundsatz basierte: *Nicht mehr kaufen als bezahlt werden kann und in erster Linie das kaufen, was notwendig gebraucht wird.*<sup>64</sup> Er diente ferner der *Beschaffung von Gütern aus dem Ausland, die im Inland nicht oder nicht in ausreichendem Umfang vorhanden wa-*

<sup>59</sup> Vortragsnotiz d. Dienststelle Wehrwirtschafts- und Waffenwesen, 17. 11. 1934. BA-MA 19/82.

<sup>60</sup> Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Berlin 1938, S. 371.

<sup>61</sup> Theodor PÜTZ, Die deutsche Außenwirtschaft im Engpaß der Jahre 1933–1937. Berlin 1938, S. 17.

<sup>62</sup> Hjalmar SCHACHT, »Finanzwunder« und »Neuer Plan«. Vortrag vor dem Reichswirtschaftsrat der Deutschen Akademie, 29. 11. 1938, S. 11. Als Manuskript gedruckt.

<sup>63</sup> Zit. n. SCHWEITZER, Organisierter Kapitalismus, S. 42.

<sup>64</sup> Deutschland in der Weltwirtschaft. Vortrag des mit der Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers betrauten Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht auf der Leipziger Frühjahrsmesse. Leipzig, am 4. März 1935, S. 15.

ren:<sup>65</sup> Mit dem *Neuen Plan* schuf sich die NS-Regierung ein Instrumentarium, mittels dessen es gelingen mußte, die außenwirtschaftliche Entwicklung in rüstungsökonomische Bahnen zu lenken. Denn so lange man sich *noch auf dem Wege zur Vervollständigung unserer Landesverteidigung* befand, mußte nach zeitgenössischem Eingeständnis garantiert bleiben, *daß ein großer Teil der . . . Einfuhr noch nicht unmittelbar der Hebung des Lebensstandards zugute kam.*<sup>66</sup> In der Tat sah sich Deutschland nicht in der Lage, ohne erhebliche Zufuhr aus dem Ausland seine eklatante Mangellage auf dem Rohstoffsektor zu beheben. So fehlte es beispielsweise an sämtlichen *für eine moderne Rüstung unentbehrlichen Metallen.*<sup>67</sup> Während die deutschen Bauxit-, Zink-, Nickel- und Kupfervorkommen den Bedarf nur zu einem verschwindend geringen Teil zu decken vermochten, wurde Chrom überhaupt nicht gefördert, und Blei wie Eisen mußten zu zwei Dritteln importiert werden. Die Vorräte an Metallen waren derart geschrumpft, daß einzelne Firmen die für den Kriegsfall angelegten Reserven in Anspruch nehmen mußten. In der Textilwirtschaft betrug die Rohstoffabhängigkeit rund neun Zehntel, ganz zu schweigen von der Versorgungslücke bei Kautschuk und Treibstoff. Engpässe herrschten auch im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Mit Hilfe des *Neuen Plans* gelang es immerhin, die beabsichtigte Prioritätenfolge in der Einfuhr durchzusetzen und diese ungeachtet rapide steigender Anforderungen der Rüstungswirtschaft insgesamt relativ niedrig zu halten.

Die Umschichtung der Außenhandels Güter war verknüpft erstens mit einer Verlagerung des deutschen Außenhandels auf rohstoffliefernde Länder und zweitens mit dem Aufbau eines Verrechnungssystems unter weitgehender Ausklammerung von Devisenbarzahlungen. Bereits seit Ende 1933/34 hatte die Reichsregierung sich bemüht, den Außenhandel auf solche Länder zu konzentrieren, die mit ihrer agrarischen, forst-, industrie- und rohstoffwirtschaftlichen Überproduktion empfindliche Lücken in der Versorgung der deutschen *Wehrwirtschaft* zu schließen in der Lage waren.

Der zweite Grundsatz, nach dem der *Neue Plan* praktiziert wurde, lautete: *Kaufe bei deinen Kunden*, das heißt Deutschland versuchte, seine Importe mit Exporten bilateral zu kompensieren oder auf dem Wege des Clearing Ein- und Ausfuhr mit dem jeweiligen Staat wertmäßig zu verrechnen, also zu einer ausgeglichenen Handelsbilanz zu gelangen. Mit anderen Worten, das Dritte Reich kehrte wieder zu *dem uralten System des*

<sup>65</sup> Die deutsche Volkswirtschaft, 8.1939, S. 44.

<sup>66</sup> Rudolf BRINKMANN, Außenhandel und Handelspolitik. In: Der Vierjahresplan 2. 1938, S. 387.

<sup>67</sup> Roland SCHÖNFELD, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934–1944. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 24.1976, S. 215.

<sup>68</sup> A. DIX, Neue Wege der Handelspolitik. In: Der Deutsche Oekonomist 51.1933, S. 1131.



*Tauschhandels, wenn auch entsprechend den größeren und vielseitigeren Umsätzen in veränderten Formen, zurück.*<sup>68</sup> Für eine derartige Abwicklung des Außenhandels boten sich industriell unterentwickelte Rohstoff- und Agrarüberschußstaaten an, die selbst einen hohen Bedarf an Fertigwaren und Produktionsgütern aufwiesen, die demzufolge auch für deutsche Waren aufnahmebereit erschienen.

*Aus wehrwirtschaftlichen Gründen vertrat man in führenden NS-Kreisen frühzeitig den Gedanken einer möglichst weitgehenden Umlagerung des Rohstoffbezuges aus Übersee nach den verkehrstechnisch zu Lande erreichbaren Gebieten, d. h. vorwiegend in den Balkan.*<sup>69</sup> Die südosteuropäischen Staaten verfügten über reiche Bodenschätze – deren Förderung erheblich intensiviert werden konnte<sup>70</sup> – und hohe Agrarüberschüsse. Die deutsche Außenhandelspolitik gegenüber den Balkanstaaten intendierte die agrarische Produktion ebenso wie die Rohstoffgewinnung mit Hilfe deutscher technischer Einrichtungen und Kapitalbeteiligungen zu steigern und nach dem deutschen rüstungswirtschaftlichen Bedarf zu steuern.

Dem *Neuen Plan* mit seiner auf Clearing- und Kompensationsverträgen bilateral aufgebauten, raumwirtschaftlich ausgerichteten Außenwirtschaftspolitik lag einmal das Bestreben nach kurz- und mittelfristiger Sicherstellung der für die *Wehrwirtschaft* unabdingbar notwendigen Versorgung zugrunde. Unter militärstrategischen Aspekten wurde angestrebt, das eigene Territorium mit einem Kranz befreundeter oder neutraler Handelspartner zu umgeben, einen *cordon économique* zu bilden, das heißt Handelspartner dort zu suchen, *wo sie im Falle von Verwicklungen im Bereich der eigenen Waffen lagen.*<sup>71</sup> Darüber hinaus zielte der *Neue Plan* langfristig auf die Errichtung eines deutschen Großwirtschaftsraumes. Unter großraumwirtschaftlichem Aspekt galt der Handel mit Südosteuropa aber *nicht nur zur Sicherung notwendiger Einfuhren im Frieden wie im Kriegsfall durch Intensivierung eines nachbarlichen Güterausstausches, sondern auch aus ferner liegenden Gründen wie etwa . . . der Anknüpfung politischer Beziehungen über handelspolitische.*<sup>72</sup> Denn im nationalsozialistischen Verständnis hieß die der Volkswirtschaft *nächstgelegene Gliederungsstufe . . . nicht Weltwirtschaft, sondern Bündniswirtschaft eines Völkerblocks*, innerhalb dessen eine heterogene Eingliederung

<sup>68</sup> Tätigkeitsbericht Rosenbergs über das Außenpolitische Amt der NSDAP in der Zeit von 1933 bis 1943. IMT Bd. 25, S. 36.

<sup>70</sup> Zu den wichtigsten Rohstoffvorkommen vgl. Wolfgang SCHUMANN (Hrsg.), *Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg.* Berlin-O. 1973, S. 13/14.

<sup>71</sup> *Die deutsche Volkswirtschaft* 3.1934, S. 482.

<sup>72</sup> Hans WEIDEMANN, *Die Gestaltung der deutschen Außenwirtschaft unter dem Neuen Plan.* Diss. Frankfurt/M. Emsdetten 1938, S. 66.

herrschte, die sich bis zu organischer Hegemonie entwickeln konnte.<sup>73</sup> Eine solche Politik brauchte sich nicht unbedingt auf den Verkehr zwischen den unmittelbar benachbarten Nationalwirtschaften zu beschränken,<sup>74</sup> sondern solche großraumwirtschaftlichen Verflechtungen konnten sich durchaus auch zwischen räumlich nicht aneinander grenzenden Staaten entwickeln.

Der Großraumkonzeption zufolge wie aus naheliegenden rüstungsökonomischen Erwägungen heraus wollte das nationalsozialistische Deutschland über Südosteuropa hinaus den gesamten osteuropäischen Staaten-gürtel zu durchdringen suchen und die betroffenen Völkerschaften in feste wirtschaftspolitische Beziehungen zum deutschen Staats- und Wirtschaftsraum setzen.<sup>75</sup> Deshalb wurden auch die Ostseeanrainer eng mit der deutschen Wirtschaft verknüpft, so daß sich insgesamt gesehen ein günstiges Bild der deutschen Ernährungslage ergab, die nach weitverbreiteter Überzeugung durch eine See-Blockade auch von längerer Dauer nicht erschüttert werden konnte.<sup>76</sup>

Deutschlands großraumwirtschaftliche Sendung im Donau- und Ostseeraum<sup>77</sup> fand ihre Ergänzung nach Norden, wo man insbesondere an den Rohstoffen und speziellen Industrieprodukten Schwedens interessiert war, wobei es dem Reich in seiner Handelspolitik gegenüber diesem skandinavischen Staat darauf ankam, den Anteil der rüstungsrelevanten Rohstoffe an den Importen zu vermehren.<sup>78</sup>

Außer mit den skandinavischen Staaten schloß das Dritte Reich auch nach Westen und Süden Clearingverträge ab. So gaben Abkommen mit den Niederlanden und der Schweiz die neue Richtung an, in der Deutschland mit den anderen Nationalwirtschaften zu einem Ausgleich und zu einer Übereinstimmung kommen wollte.<sup>79</sup> Insgesamt zeigte sich die NS-Regierung von den Ergebnissen des Neuen Plans befriedigt. Es war nicht nur gelungen, die negative Handelsbilanz des Jahres 1934 für die folgenden drei Jahre in eine positive umzuwandeln, sondern auch wichtige Mei-

<sup>73</sup> Hans BUCHNER, Abbruch der Wirtschaftsdemokratie! In: Nationalsozialistische Monatshefte 2.1931.10, S. 18.

<sup>74</sup> Hans Ernst POSSE (Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium), Möglichkeiten der Großraumwirtschaft. In: Die nationale Wirtschaft 1.1933, S. 282.

<sup>75</sup> Werner DAITZ, Die nationalsozialistische Ostraumpolitik und der Hansakanal. Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik H. 2, o. J., S. 10.

<sup>76</sup> Geheime Studie der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG-Farbenindustrie über »Die Lage der Nahrungs- und Futtermittelversorgung in Deutschland«, 1939. BA-MA Wi I/376.

<sup>77</sup> Kurt ERBSLAND, Die Umgestaltung der deutschen Handelspolitik durch den »Neuen Plan« und die Möglichkeiten ihrer künftigen Ausgestaltung. Diss. Heidelberg. Speyer 1937, S. 63.

<sup>78</sup> Klaus WITTMANN, Schweden in der Außenwirtschaftspolitik des Dritten Reichs 1933–1945. Diss. masch. Hamburg 1976, S. 112.

<sup>79</sup> POSSE, Möglichkeit der Großraumwirtschaft, S. 283.

lensteine auf dem geplanten Weg in die Großraumwirtschaft zu setzen. Darüber hinaus ließ sich eine steigende Rohstoffeinfuhr registrieren. Die Einfuhr von Erzen konnte um 132<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, die von Erdöl um 116<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, die Einfuhr von Kautschuk um 71<sup>0</sup>/<sub>0</sub> und die von Getreide um 102<sup>0</sup>/<sub>0</sub> erhöht werden. Nach Auffassung von Schacht ließ sich durch Zahlen eindringlich das hohe Maß dessen verdeutlichen, was *der Neue Plan zur Durchführung der Aufrüstung wie zur Sicherung unserer Ernährung beigetragen* hatte.<sup>80</sup>

Ungeachtet der gemäß dem *Neuen Plan* erfolgten außenwirtschaftlichen Verlagerung und weitgehenden Anpassung der Handelspartner des Dritten Reiches an den deutschen Rohstoffbedarf industrieller wie agrarischer Art konnte es nicht gelingen, die rüstungsökonomisch bedingte hohe Nachfrage ohne Bezüge aus den außerhalb des bereits in Konturen erkennbaren europäischen Wirtschaftsblocks stehenden Staaten zu befriedigen. Neben der als vordringlich erachteten Aufgabe der Schaffung eines geschlossenen Großwirtschaftsraumes mit seinen Vorzügen der Stabilität von Einfuhr und Ausfuhr, mußte die Handelspolitik darum bemüht sein, alle sich bietenden Exportchancen als Mittel der Finanzierung rüstungswichtiger Importe zu nutzen. Doch stand die deutsche Industrie vor dem Dilemma, weitgehend mit Inlands- und insbesondere Rüstungsaufträgen ausgelastet zu sein, so daß sie nur über geringe Produktionskapazitäten für den Export verfügte. Mangels Ausfuhr schrumpften aber die Devisenbestände praktisch auf null zusammen. So bot sich das Bild einer in drei Schichten arbeitenden, nahezu voll ausgelasteten Rüstungswirtschaft, deren Rohstoffe rapide zur Neige gingen.

#### Vorräte wichtiger Rohstoffe in t<sup>81</sup>

Rohstoff	1. 4. 1934	1. 9. 1935
Baumwolle	95 000	68 000
Wolle	67 000	48 000
Seide	—	—
Flachs	11 000	8 000
Hanf	8 000	6 000
Jute	30 000	22 000
Leder	—	76 000
Magnesit	12 000	10 000
Leinsaat	120 000	80 000
(Leinöl)	(45 000)	(26 000)

<sup>80</sup> SCHACHT, »Finanzwunder«, S. 27/28.

<sup>81</sup> Quelle: BA-MA Wi I F 5/270. Ferner sei hingewiesen auf Jörg-Johannes JÄGER, Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Dritten Reiches vom Ausland, dargestellt am Bei-

Innerhalb der Wehrmacht verbreitete sich die Furcht, *daß wir durch reine Inlandsbeschäftigung von Tag zu Tag ärmer werden, daß wir ohne Export keine Devisen schaffen, und daß ohne Devisen keine Rüstung möglich ist.*<sup>82</sup> Es wurde den Verantwortlichen deutlich, *daß die starke Wirtschaftsbelebung oder – genauer ausgedrückt – die Aufrüstung und Arbeitsbeschaffung,*<sup>83</sup> nur durch den Verzehr der in früheren Jahren angesammelten Rohstoffe und durch eine erhebliche Verschuldung bei den Verrechnungsländern – die nur in begrenztem Umfange deutsche Fertigwaren und Produktionsgüter aufzunehmen vermochten – hatte bewerkstelligt werden können. Ende 1935 mußte das Rüstungsprogramm als in starkem Maße gefährdet gelten. Denn die Rüstungsindustrie verfügte lediglich noch über eine Bevorratung von 1–2 Monaten. Wenn von der Staats- und Wehrmachtführung angesichts dieser Situation dennoch eine extensive Rüstung verlangt wurde, mußte Reichswirtschaftsminister Schacht, ohne seine oft *ausgesprochene Befürwortung einer möglichst starken Aufrüstung verleugnen oder ändern zu wollen, doch pflichtgemäß auf die wirtschaftlichen Grenzen hinweisen, die dieser Politik gesteckt waren.*<sup>84</sup>

#### Binnenwirtschaftliche Autarkisierungsmaßnahmen auf dem Agrarsektor

Da man durch Export nur in unzureichendem Maße die Mittel zum Einkauf der benötigten Rohstoffe und Lebens- bzw. Futtermittel erwirtschaften konnte, liefen parallel zum *Neuen Plan* Bestrebungen zur binnenwirtschaftlichen Autarkisierung – auf dem landwirtschaftlichen Sektor durch Steigerung und Umlagerung der Erzeugung, wobei die agrarische Produktion frühzeitig so programmiert sein mußte, daß sich der Übergang von friedens- zu kriegsökonomischen Bedingungen ohne große Reibungsverluste vollzog. Die angestrebte *wehrsichere Ernährungsform* ließ sich nur dann verwirklichen, wenn es gelang, *die Produktionskraft des deutschen Bodens restlos zu erschließen*, um dem anvisierten Ziel partieller Autarkie nahezukommen.<sup>85</sup> Dies sollte mittels der 1934 proklamierten sogenann-

spiel der Stahlindustrie. Berlin 1969. Vgl. Hans-Erich VOLKMANN, Außenhandel und Aufrüstung in Deutschland 1933 bis 1939. In: Friedrich FORSTMEIER/Hans-Erich VOLKMANN (Hrsg.), *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*. Düsseldorf 1975, S. 81–131.

<sup>82</sup> Expertise der Dienststelle Wehrwirtschafts- und Waffenwesen, 18. 2. 1935. BA-MA Wi I F 5/383.

<sup>83</sup> Bericht über die Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses, 14. 5. 1936. BA-MA Wi I F 5/701.

<sup>84</sup> Schreiben Schachts an Blomberg, 24. 12. 35. IMT Bd. 36, S. 292.

<sup>85</sup> v. SCHWICHOW, Die Ernährungswirtschaft als Wehrproblem. In: *Deutsche Wehr* 39. 1935, S. 258.

ten *Erzeugungsschlacht* erreicht werden, die, wie alle Regelungen im Agrarsektor, nach Aussage des zuständigen Staatssekretärs *seit 1934 praktisch als Maßnahmen für den totalen Krieg anzusehen* war.<sup>86</sup> Die Erzeugungsschlacht diente somit der Steigerung der Agrarproduktion als einer Voraussetzung für die blockadesichere Rüstung und des weiteren der *Devisenersparnis zu Gunsten der Wehrerstarke und der Industrie*, die Deutschlands *Aufrüstung vollenden* sollte.<sup>87</sup> Dennoch traten ungeachtet aller regulierenden Eingriffe in den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß im Jahre 1935 Versorgungsschwierigkeiten auf dem Agrarsektor zutage. Zwar gelang es noch, die Belieferung der Bevölkerung mit den *lebenswichtigen Nahrungsmitteln sicherzustellen*, doch führte die schlechte Ernte des Jahres 1934 – wie das NS-Regime eingestand – *manches mal . . . zu einer vorübergehenden Verknappung dieser oder jener Lebensmittel*,<sup>88</sup> die in den folgenden Jahren anhielt. Diese beruhte aber nicht allein auf den relativ unterdurchschnittlichen Ernteerträgen, sondern auch auf der gesteigerten Nachfrage der im Verlauf der *wehrwirtschaftlich* bedingten Konjunkturbelebung zu Kaufkraft gelangten Bevölkerung, wie sie letztlich überhaupt rüstungsökonomisch motiviert war. Betrieb die NS-Regierung doch seit der *Machtübernahme* eine kriegsvorbereitende Vorratswirtschaft, weil *ein Volk . . . einen Krieg nur dann siegreich beenden (konnte), wenn seine Führung dafür sorgt(e), daß es wenigstens eine bescheidene Ernährung* fand.<sup>89</sup> Vor allem galt die Bevorratung der Verpflegung der Truppe im Ernstfall, obgleich bereits 1935 in Kauf genommen werden mußte, daß wegen der angespannten Futtermittellage die Heeresversorgung litt.<sup>90</sup> Als Träger dieser Bevorratung fungierten sogenannte Reichsstellen: Beispielsweise wandte die Reichsstelle für Getreide allein 1933 = 26,5 Mio. RM für Ankäufe und für Lagerung auf. Die Anlage solcher Nahrungsmittel- und Getreidespeicher erfuhr eine Förderung durch die Vergabe von Krediten an Mühlen und Handel (1935 = 6,3 Mio. RM), die in der Regel 33½ Prozent der Bausumme betrug. Die Mittel vergab eine Kommission, in der Kriegs- und Luftfahrtminister dafür Sorge trugen, daß *die Standortfrage (der Speicher) durch die wehrpolitischen Belange beeinflusst*<sup>91</sup> war. Die benötigten Speichermengen mußten natür-

<sup>86</sup> Zit. n. Wilhelm HERFERTH, Der Reichsnährstand – ein Instrument der Kriegspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe 17.1968, S. 228.

<sup>87</sup> Helmut SCHWICHTENBERG, Die wirtschaftlichen Voraussetzungen und Methoden der Erzeugungsschlacht. Diss. Köln. Würzburg 1939, S. 23.

<sup>88</sup> Hitler auf dem Reichsparteitag 1935. Zit. n. Die nationale Wirtschaft 3.1935, S. 292.

<sup>89</sup> SCHWICHTENBERG, S. 20.

<sup>90</sup> Brief Darrés, 14. 1. 1936, an Schacht. BA-MA Wi I F 5/614.

<sup>91</sup> Richtlinien für den Bau von Vorratsräumen. Zit. n. K.-D. HOEFT, Zur Agrarpolitik des deutschen Imperialismus von 1933 bis zur Gegenwart. Dresden 1960, S. 44. Hier finden sich auch die oben genannten Zahlen.

lich dem privaten Versorgungsmarkt entzogen werden, indem man sie der eigenen Produktion entnahm oder aber importierte. Deshalb bedeutete die von dem Führer-Stellvertreter Rudolf Heß ausgegebene Parole *Kanonen statt Butter* letztlich, daß der Import von Nahrungsmitteln *schon einmal hinter der Einfuhr industrieller Rohstoffe zurücktreten mußte*.<sup>92</sup>

Insgesamt betrachtet läßt sich für die Mitte der dreißiger Jahre trotz aller Autarkiebestrebungen eine defizitäre Ernährungsbilanz ziehen, die aus der doppelten Anforderung an die Landwirtschaft resultierte, nämlich bei gestiegener Lebenshaltung in vermehrtem Umfang als in vorausgegangenen Zeiten den deutschen privaten Eigenbedarf zu decken und darüber hinaus den Ansprüchen einer den Krieg kalkulierenden Vorratswirtschaft zu genügen, so daß 1936 *jede Hausfrau . . . an den Einschränkungen spüren konnte, daß der Kampf eines Volkes um Wehr- und Nährfreiheit von jedem Volksgenossen Opfer in seinem persönlichen Leben fordert(e)*.<sup>93</sup>

#### Das Defizit in der deutschen Ernährungsbilanz im Jahre 1934/35<sup>94</sup>

Ernährungsgüter	Fehlende Eigenversorgung in Prozent
1. Getreide, Kartoffeln, Zucker, Rindfleisch, Milch	0–2
2. Schinken, Süßwasserfisch, Gemüse	3–10
3. Schweinefleisch	10–20
4. Früchte	10–20
5. Geflügel, Eier	20–30
6. Seefisch	30–40
7. Fette (einschl. Butter, Schweineschmalz und Margarine)	40–50
8. Leguminosen	50–60
9. Pflanzliche Öle	95–99

<sup>92</sup> SCHWICHTENBERG, S. 23.

<sup>93</sup> OTTO DAUMANN/Paul SKRIEWE, *Die Schlacht für Deutschland. Ein Blick in die Ernährungs- und Rohstofflage*. Halle 1936, S. XI.

<sup>94</sup> Quelle: Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 17. April 1935. Zit. n. Gerhard KROLL, *Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur*. Berlin 1958, S. 530.

### Industrielle Autarkisierungsbestrebungen

Die von einem starken Wehrwillen durchdrungene Reichsregierung hatte frühzeitig erkannt, daß sie den nötigen rüstungsökonomischen Spielraum nur besaß, wenn sie *jedem wirtschaftlichen Druck von außenher mit eigenen Kräften entgentreten konnte*.<sup>95</sup> Folglich mußte sie alles daran setzen, die im eigenen Lande vorhandenen Bodenschätze ohne Rücksicht auf volkswirtschaftliche Rentabilität zu erschließen und zu verarbeiten. 1934 übertrug Hitler seinem derzeitigen persönlichen Berater in Wirtschaftsfragen, Keppler, die *Sonderaufgabe Roh- und Werkstoffe*, die darin bestand, *alle diejenigen wirtschaftlichen Maßnahmen durchzuführen, welche in Anbetracht der Devisenlage erforderlich erschienen, um ausländische Rohstoffe durch solche aus inländischer Erzeugung zu ersetzen*.<sup>96</sup> Erfolgen sollte diese Umstellung an Hand genauer wissenschaftlich-technischer Daten über die deutschen Rohstoffvorkommen, nachdem der Reichswirtschaftsminister (durch Gesetz vom 4. 12. 1934) mit der systematischen Erkundung nutzbarer Lagerstätten beauftragt worden war. Da eine derartige Bestandsaufnahme einen Zeitraum von mehreren Jahren beanspruchte, erfolgte die Erfassung nach den Kriterien wirtschaftlicher Dringlichkeit, in deren Stufenfolge die Treibstoffversorgung den höchsten Stellenwert besaß, denn von ihr hing die Einsatzfähigkeit einer modernen motorisierten Armee entscheidend ab. Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, betrug die deutsche Mineralölabhängigkeit vom Ausland rund 70 bis 75%, eine Tatsache, die Militärs und politische Führung stark beunruhigte und nach Wegen für eine Erhöhung des Selbstversorgungsgrades suchen ließ. Das energisch vorangetriebene Projekt einer verstärkten Erdölförderung, ergänzt durch den extensiven Aufbau einer Importöle verarbeitenden Industrie in Deutschland, erwies sich sehr bald als ebenso unrealistisch wie vom militärischen Standpunkt aus unerwünscht. Waren doch die deutschen Mineralölvorkommen zu unbedeutend, um den wachsenden Bedarf der Wehrmacht zu decken und damit die Auslandsabhängigkeit zu hoch. Statt dessen richtete sich die Aufmerksamkeit des NS-Regimes auf die chemische Industrie, die nicht nur als Retterin aus der Mineralölabhängigkeit fungieren, sondern überhaupt den Rohstoffmangel weitgehendst beheben sollte. Auf dem Reichsparteitag 1935 wies der Führer ihr die Aufgabe zu, nicht oder nur ungenügend verfügbare oder im Konfliktfalle in ihrer Einfuhr gefährdete Rohstoffe durch Ersatzstoffe zu substituieren, d. h. *durch die Produktion eigener Werkstoffe Deutschland vom Import unabhängig zu machen*. Er dachte dabei insbesondere

<sup>95</sup> SCHWICHTENBERG, S. 21.

<sup>96</sup> Brief Kepplers an Kehrl. Zit. n. Hans KEHRL, Krisenmanager im Dritten Reich. Düsseldorf 1973, S. 60.

an die Erzeugung von Benzin aus Kohle, die, *in größtem Umfang eingeleitet*, in der folgenden Zeit durch die Inbetriebstellung neuer Hydrierwerke *den deutschen Brennstoffbedarf zu einem hohen Prozentsatz im Inland bereitzustellen in der Lage sei*.<sup>97</sup> Stand die Erzeugung synthetischen Benzins in der Frühphase der NS-Herrschaft zunächst im Dienste der allgemeinen Motorisierung und kam nur indirekt der rüstungswirtschaftlichen Erstarkung zugute, so erfolgte ihre Ausweitung in der Ära Schacht immer stärker unter *wehrwirtschaftlichen* Erwägungen. Wie rapide die Produktion der Hydrierwerke auch stieg, eine Umstellung auf Eigenversorgung für den Kriegsfall rückte nicht in diskutabler Nähe. So mußte neben die Eigenerzeugung die Vorratshaltung aus überschüssigen Einfuhren treten. Diese Aufgabe übernahm die *Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft (Wifo)*, gegründet 1934. Offiziell diente sie der *Errichtung und Unterhaltung von Versuchs- und Forschungsanlagen zwecks Förderung* von Industrie, Handel und Handwerk.<sup>98</sup> In Wirklichkeit oblag ihr der *Bau reichseigener Großtanklager und Zwischentanklager sowie die Unterhaltung nationaler Reserven für Wehrmachtzwecke*.<sup>99</sup> In der Folgezeit hat die *Wifo* erhebliche Mengen, insbesondere an Flugbenzin, aus Importen und deutscher Erzeugung eingelagert. Doch blieben die Vorräte letztlich weit unter dem für den Angriffsfall vom Wehrwirtschaftsstab angemeldeten Bedarf zurück.

Um dem chronischen Rohstoffmangel auf dem Textilsektor zu begegnen, konzentrierte sich die Ersatzgüterindustrie auf einen zweiten Schwerpunkt, auf *die Entwicklung und Fabrikation deutscher Faserstoffe, die entschlossen in Angriff genommen* wurde.<sup>100</sup> Es entstand eine ganze Kette neuer Fabrikationsanlagen zur Kunstseiden- und Zellwolleherstellung, die über ganz Deutschland verteilt wurden, um bei etwaigen Luftangriffen allzugroße Leistungsausfälle zu vermeiden. Die Produktion stieg in beiden Branchen so beachtlich, daß sie nicht nur für den eigenen Verbrauch ausreichte, sondern auch Lagervorräte angelegt werden konnten. Da Wolle und Baumwolle wegen unterschiedlicher qualitativer Eigenschaften nicht beliebig gegen Kunstfaserstoffe austauschbar waren, blieb die Rohstofflage der Textilwirtschaft insgesamt angespannt.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Reichsregierung der Sicherung der Rohgummiversorgung, die zunächst gänzlich auf überseeischen Importen beruhte. Doch die knappen Devisen reichten kaum aus, den mit

<sup>97</sup> Der Parteitag der Freiheit vom 10. – 16. September 1935. München 1936<sup>4</sup>, S. 293.

<sup>98</sup> Gesellschaftsvertrag, 24. 8. 1924. Zit. n. Wolfgang BIRKENFELD, *Der synthetische Treibstoff 1933–1945. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik*. Göttingen, Berlin, Frankfurt/M. 1964, S. 58.

<sup>99</sup> Bericht über die Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung durch den Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft, Dezember 1937. IMT Bd. 36, S. 256.

<sup>100</sup> Hitler auf dem Reichsparteitag 1935. *Der Parteitag der Freiheit*, S. 37.



wachsender privater und militärischer Motorisierung steigenden Bedarf zu decken, geschweige denn eine Vorratsbildung für den Kriegsfall zu erlauben. Um den Verbrauch eines *der wichtigsten Rohstoffe der ganzen Wehr- und Kriegswirtschaft* zu steuern, errichtete das Reichswirtschaftsministerium bereits im Frühjahr 1934 (9. 5. 1934) eine *Überwachungsstelle für Kautschuk und Asbest*.<sup>101</sup> Dennoch mußte die Kontingentierung durch folgende Einschränkungen innerhalb der Wehrmacht flankiert werden, um die Mangelsituation zu beherrschen: 1. Starke Einschränkungen der Benutzung von Kraftfahrzeugen in der Wehrmacht. 2. Einführung nur kleiner und mittlerer Wagen überall da, wo das Gelände dies erlaubte. 3. Beschränkung der Beschaffung kautschukhaltiger Materialien wo eben möglich (Verbot des Belegens von Fußböden und Treppen mit gummihaltigen Läufern). 4. Entwicklung kautschukfreier Gasanzüge.<sup>102</sup> Zwar betrieb man bereits das Rückgewinnungsverfahren aus Altgummi, und auch die Herstellung synthetischen Kautschuks war als technisches Problem gelöst, doch bedurfte es erst des Aufbaues umfangreicher Produktionsanlagen, ehe mit einer Umstellung von ausländischen Rohstoffen auf deutsche in größerem Umfang begonnen werden konnte.

Die Lösung des Eisenerzproblems stellte sich als besonders schwierig dar. Mit den expandierenden Rüstungsprogrammen wuchs zwar die Eisen- und Stahlproduktion proportional mit, so daß Versorgungsengpässe nicht auftraten. Wohl aber bedeutete die hohe Importabhängigkeit bei Eisenerz als dem rüstungswichtigsten Grundstoff eine stete Gefährdung der militärischen Mobilmachung, die es unter allen Umständen zu mildern galt. Der deutsche Eisenerzbau erfuhr daher einen bemerkenswerten Aufschwung, wobei man sich genötigt sah, ohne Beachtung des Kostenfaktors auch eisenarme Gesteine abzubauen und in verbesserten Verfahren aufzubereiten, wollte Deutschland *auf dem Gebiet der Eisenversorgung seine endlich wiedergewonnene Wehrfreiheit nicht gefährden lassen*.<sup>103</sup> Dennoch betrug der deutsche Selbstversorgungsgrad 1936 nur rund 18 Prozent.

### Die wehrwirtschaftliche Lage 1935/36

Wer Ende 1935/Anfang 1936 eine rüstungsökonomische Bilanz zog, konnte sicherlich, wie dies das NS-Regime auch tat, auf ein stolzes Ergebnis verweisen. War es doch außenwirtschaftlich mit Hilfe des *Neuen Plans*

<sup>101</sup> Ausarbeitung Halder (OKW/Wi Rü Amt), Kautschuk und die Versorgungslage im Kriege. BA-MA Wi I F 5/614.

<sup>102</sup> Richtlinien für Sparmaßnahmen des Reichskriegsministers, 7. 9. 1936. BA-MA Wi I F 5/614.

<sup>103</sup> Schacht, 1. 12. 1935, vor Eisenhüttenfachleuten. Zit. n. KROLL, S. 512.

gelingen, die für die Durchführung des Wehrprogramms notwendigen Rohstoffe sowie die unerläßliche, zusätzliche Einfuhr an Nahrungs- und Futtermitteln sicherzustellen. Freilich waren Deutschlands Schulden bei den Clearing-Partnern erheblich angewachsen. Insgesamt hatte sich aber nach Ansicht maßgebender Stellen der Wehrmacht *das Rüstungsprogramm . . . wirtschaftlich und rohstoffmäßig, wenn auch mit Schwierigkeiten, bisher durchführen lassen*. Somit war *wehrwirtschaftlich die wichtigste Forderung, die der Soldat an die Wirtschaft zu stellen hat(te)* erfüllt worden. Die wirtschaftliche Kriegsbereitschaft des Reiches *hat(te) jedoch leider eine Verstärkung nicht erfahren*.<sup>104</sup> Mit anderen Worten, die Wirtschaft war nicht in der Lage, den Bedürfnissen eines Krieges Rechnung zu tragen. Hing sie doch nach wie vor von der sicheren Zufuhr ausländischer Rohstoffe ab. Für 1936 eröffnete sich die Perspektive, nicht mehr – wie 1934 und 1935 – von Lagervorräten leben zu können, so daß die deutsche Rohstoffversorgung *erstmalig ernstlich bedroht* erschien, wenn man weiterhin einen harten rüstungswirtschaftlichen Kurs steuerte.<sup>105</sup> Dieser konnte aber bereits im Frühjahr 1936 nicht mehr beibehalten werden. Die angespannte Ernährungslage verlangte eine zumindest vorübergehende Änderung der wirtschaftlichen Prioritäten: um die innerpolitische Stabilität nicht zu gefährden, entschied sich das NS-Regime, nicht ohne vorherige intergouvernementale Meinungsverschiedenheiten und Positionskämpfe, für erhöhte Devisenzuweisungen zur Ernährungssicherung auf Kosten der Einfuhr rüstungsrelevanter Rohstoffe, was generell zu gravierenden Mangelercheinungen führte. Hatten die Vorräte 1934 auf den meisten Gebieten noch für vier bis sechs Monate ausgereicht, so deckten sie im Mai 1936 nur noch den Bedarf von ein bis zwei Monaten. Im einzelnen wirkte sich dies zum Beispiel so aus, daß die Munitionsbetriebe im Sommer 1936 nur zu 70% ausgelastet waren. Wollte man die Produktion zumindest im bisherigen Umfang aufrechterhalten, gewerbliche Wirtschaft, Aufrüstung und Ernährung auf dem derzeitigen Stand belassen, bedurfte es einer Steigerung der deutschen Einfuhr um fast ein Viertel des Volumens von 1935, wobei die *dringend notwendige Wiederauffüllung der zusammengeschrumpften Vorräte noch nicht mitberücksichtigt* war. Nach Überzeugung maßgebender Stellen konnte kaum erwartet werden, daß *das an sich benötigte Mehraufkommen an Bardevisen tatsächlich erzielt* wurde. Für eine Erhöhung der Auslandsverschuldung sah die Reichsregierung *gegenwärtig keine Möglichkeiten*, weil die

<sup>104</sup> Bericht der Dienststelle Wehrwirtschafts- und Waffenwesen, 1. 10. 1935, über den Stand der wirtschaftlichen Lage. BA-MA RW 19/82.

<sup>105</sup> Geheimer Bericht der Abteilung für Zentrale Wirtschaftsbeobachtung, 19. 5. 1936, »Die deutsche Rohstoff- und Ernährungslage in ihrer volkswirtschaftlichen Verflechtung«. BA-MA RW 19 Anh. I/231.

Handelspartner, mit denen deutscherseits das Verrechnungskonto nicht ausgeglichen werden konnte, schon 1935 *die Lieferungen nach Deutschland einstellen, sobald die Außenstände einen entsprechend hohen Stand erreichten*.<sup>106</sup>

Da auf lange Sicht eine Verlangsamung des Rüstungstempos für die Berliner Machthaber außer Diskussion stand, vielmehr gezielte Kriegspräparationen geplant waren, bedurfte es energischer und veränderter rüstungswirtschaftlicher Maßnahmen, die bereits im Frühjahr 1936 eingeleitet wurden. Im April des Jahres erhielt Göring den Auftrag zur *Prüfung und Anordnung aller erforderlichen Maßnahmen bei staatlichen und parteiamtlichen Institutionen, um die weitere Wehrhaftmachung sicherzustellen*.<sup>107</sup> Wenig später postulierte Göring *das politische Muß des gleichen Tempos der Aufrüstung*.<sup>108</sup> Motiviert und im einzelnen modifiziert wurde es im sogenannten Vierjahresplan des August 1936, dessen Erfüllung dem *Erreichen des höchstmöglichen Rüstungsstandes, wehrpolitisch und wirtschaftspolitisch* galt. Beide Begriffe waren im nationalsozialistischen Wirtschaftsverständnis *nicht polar, sondern homogen*.<sup>109</sup> Der Vierjahresplan brachte die Wende von der allgemeinen Rüstung zur wirtschaftlichen Mobilisierung für den Kriegsfall. Denn er sah nicht nur den rücksichtslosen Einsatz aller deutschen Ressourcen im Dienste der Aufrüstung vor, sondern er schloß auch bereits die Einbeziehung fremden Territoriums zur Erweiterung der ökonomischen Basis des Dritten Reiches mit ein, wie sie sich in der Besetzung Österreichs und der Angliederung von Teilen des tschechoslowakischen Staatsgebietes vollzog.

<sup>106</sup> Bericht des Ministerialdirektors Wohlthat, Reichswirtschaftsministerium, vor dem Reichsverteidigungsausschuß, 14. 5. 1936. Geheime Reichssache. BA-MA Wi I F 5/701.

<sup>107</sup> Weisung Hitlers, 4. 4. 1936. Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bureau Reichsminister, Akten betreffend Erlaß des Führers zur Verbesserung der Rohstoff- und Devisenlage.

<sup>108</sup> Niederschrift der Sitzung des Gutachter-Ausschusses über Exportfragen, 15. 5. 1936. BA R 26 I/36. Geheime Reichssache.

<sup>109</sup> Vorschläge der Dienststelle Wehrwirtschaftsstab zur Durchführung des zweiten Vierjahresplanes 37/40, 5. 9. 1936. BA-MA Wi I F 5/1083.